

Malta

HEINZ-JÜRGEN AXT

Malta hat sich als Zieldatum seines Beitritts zur Europäischen Union den 1. Januar 2003 gesetzt. Das macht insofern Sinn, als zu diesem Zeitpunkt noch die seit den vorgezogenen Wahlen von 1998 im Amt befindliche Nationalist Party (PN, Partit Nazzjonalista) unter Premierminister Fenech Adami an der Regierung sein dürfte. Ende 2003 wird indessen auf Malta gewählt und sollte dann die Malta Labour Party (MLP) wieder – so wie schon 1996 unter dem „Insel-Lafontaine“¹ Alfred Sant – die Oberhand gewinnen, ist wieder alles in Frage gestellt. Noch immer ist im faktischen Zweiparteiensystem Malts nämlich die derzeitige sozialistische Opposition gegen und sind die bürgerlichen Nationalisten für die Mitgliedschaft in der EU.²

Noch kürzlich hatte ein führender Vertreter der maltesischen Sozialisten erklärt, nur die Länder Ost- und Mitteleuropas bräuchten die Unterstützung der EU, um Strukturen für die Demokratie und die Wirtschaft zu schaffen. Malta benötige Derartiges nicht.³ Nach Sant steht die EU-Mitgliedschaft im Widerspruch zu der in der Verfassung verankerten Neutralität, weshalb sich unter der Regierung der Sozialisten Malta aus dem NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ verabschiedete.⁴ Die Regierung pocht demgegenüber darauf, dass Malta, ähnlich wie Zypern, die größten Fortschritte im Erweiterungsprozess zu verzeichnen hätte, und dass nur wegen der Rücksichtnahme der Europäischen Union auf zögerliche Fortschritte bei den Kandidatenländern aus Osteuropa das Zieldatum 2003 verfehlt werden könnte. Heute kann auch noch niemand vorhersagen, wie angesichts der unverändert starken parteipolitischen Polarisierung das Ergebnis der vor dem EU-Beitritt (vermutlich 2002) fälligen Volksabstimmung ausfallen wird. Schon acht- bis dreizehntausend Stimmen haben in der Vergangenheit darüber entschieden, wer die 338.000 Malteser regiert. Für den „Figaro“ ist Malta daher ein „jeu de ping-pong entre“.⁵ Der EU bleibt unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als von der Perspektive eines gesicherten Beitritts auszugehen.⁶ In der erweiterten EU wird Malta drei Stimmen im Rat und fünf Parlamentssitze haben – in beiden Fällen weniger als das fast gleich große Luxemburg.

Seit Antritt der konservativen Regierung 1998 hat Malta durchaus wirtschaftliche Fortschritte zu verzeichnen. Das Wirtschaftswachstum hat sich 2000 zwar leicht abgeschwächt, ist mit 3,8% (Januar bis Juni) aber immer noch beachtlich. Die Arbeitslosenrate kam im September 2000 auf den EU-weit relativ niedrigen Betrag von 4,4%, die Inflation erreichte lediglich 2,6%. Die Verschuldung ist allerdings beträchtlich, das Haushaltsdefizit erreichte 1999 8,5% des BIP. Es hatte 1998 allerdings noch 11% betragen. Die Staatsverschuldung erreichte Ende 1999 58,1% des

BIP. Die Handelsverflechtung mit der EU hält an. 49% der Exporte Maltas gehen in die EU, 65% der Importe kommen von dort.⁷

Am 15. Februar 2000 hat die Kommission die Beitrittsverhandlungen mit Malta aufgenommen. Am 20. März wurde eine Beitrittspartnerschaft unterzeichnet. Im September hat Malta sein Nationales Programm für die Übernahme des Acquis verabschiedet. Dem Fortschritts-Bericht der Kommission vom 8. November 2000⁸ ist zu entnehmen, dass Malta sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Beitritts-Kriterien erfüllt. Seine Wirtschaft wird als ausreichend wettbewerbsfähig angesehen. Positiv vermerkt die Kommission, dass Malta seit dem 1. Januar 1999 wieder die Mehrwertsteuer eingeführt hat.⁹ Die Beitritts-Konferenz vom Juni 2000 hat beschlossen, vorläufig die Verhandlungen zu sechs Kapiteln (Industriepolitik, Kleine und mittlere Unternehmen, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung, Telekommunikation, GASP sowie Außenbeziehungen) zu schließen.¹⁰ Weitere neun Kapitel wurden eröffnet: Kapitalfreiheit, Unternehmensrecht, Wettbewerb, Fischerei, Verkehr, WWU, Statistik, Beschäftigung und Soziales, Verbraucherschutz. Malta hat bei der Übernahme des auf den Binnenmarkt bezogenen Acquis nach Ansicht der Kommission Fortschritte gemacht. Bei der Kapital-, Personen- und Dienstleistungsfreiheit muss die Insel weitere Anstrengungen unternehmen. Das gilt auch für das eingeleitete Privatisierungsprogramm, die Landwirtschaft, den Umweltschutz und die Regionalpolitik. Die Verwaltung muss gestärkt werden. Die Kommission bescheinigt Malta, dass die kurzfristigen Ziele der Beitrittspartnerschaft erreicht worden sind, soweit es um die makroökonomische Stabilität, die Wiedereinführung der Mehrwertsteuer, die Beschäftigung, die Industriepolitik, die Sozialpolitik, die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik sowie die Verwaltung von EU-Fonds geht.

Anmerkungen

- 1 So die Frankfurter Rundschau, 8.6.2000, S. 3.
- 2 Wahlergebnisse 1992: PN 51,9% (34 Sitze), MLP 46,5% (31); 1996: PN 47,8% (31), MLP 50,7% (34); 1998: PN 51,8% (35), MLP 47,0% (30) (Prozente aufgerundet); Neben der PN und der MLP kann sich auf Malta nur noch eine Partei, die „Alternative Demokratie“ bzw. „Allianz für soziale Gerechtigkeit“ halten, die jedoch bei Wahlen mit 3.200 bis 4.100 Stimmen nur marginale Ergebnisse erzielen konnte und keinen Abgeordneten im 65-köpfigen Parlament stellt.
- 3 Die Sozialisten bevorzugen eine einfache Zollunion. Vgl. Agence Europe, 15.10.2000, S. 11.
- 4 Weil kein Konsens im Lande besteht, hat die Regierung von Fenech Adami Malta auch nicht wieder in die „Partnerschaft für den Frieden“ zurückgeführt. Vgl. Agence Europe, 13.3.2000, S. 6; Europäisches Parlament / Arbeitsgruppe des Generalsekretariats Task Force „Erweiterung“; Malta und die Beziehungen zur Europäischen Union, Luxemburg, 1.7.1999.
- 5 Le Figaro, 1.8.2000, S. 4.
- 6 Malta hat die EU-Erweiterung um eine ganz besondere Einmaligkeit bereichert: Der 1990 von der nationalistischen Regierung gestellte Antrag auf EU-Mitgliedschaft wurde 1996 von den Sozialisten wieder zurückgezogen, um der EU nach den Wahlen von 1998 von den siegreichen Nationalisten erneut präsentiert zu werden. Diese „Reaktivierung“ eines Beitrittsantrags findet ihresgleichen nicht.
- 7 Allen, Tim: Malta und die EU, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU, Luxemburg 2000.
- 8 Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht 2000 der Kommission über die Fortschritte Maltas auf dem Weg zum Beitritt, Luxemburg 2000.
- 9 Unter den Parteien gibt es zwar – wie die Kommission hervorhebt – einen Konsens über die marktwirtschaftliche Ordnung, nicht aber über die Mehrwertsteuer. Vgl. ebda., S. 16.
- 10 Verhandlungen fanden auch zu Kultur und audiovisuelle Medien statt, ohne daß dieses Kapitel vorläufig hätte geschlossen werden können.